



**NICHT AUF UNSEREM
RÜCKEN**

Das nennt ihr gerecht!?
Gerecht geht anders.

Kundgebung

Samstag 12. Juni 2010

11.00 Uhr Demozug
12.30 Uhr Kundgebung Stuttgarter Innenstadt

Gegen Rente mit 67

**Gegen Kopfpauschale
Für gesetzlichen Mindestlohn
Für handlungsfähige
Kommunen**



Demonstration und Kundgebung in Stuttgart

Abfahrt der Busse um 8.30 Uhr in Mannheim ab Gewerkschaftshaus, Hans-Böckler-Str. I um 08-30 Uhr in Heidelberg ab Verdi-Haus (Czernyring 20) Rückfahrt ab 15 Uhr in Stuttgart – nähere Infos hierzu gibt's in den Bussen. Anmeldung erforderlich: Bitte bis Freitag 11. Juni im Gewerkschaftshaus bei Verdi oder IG Metall anmelden

Redner der Hauptkundgebung sind

Niko Landgraf (DGB) und Frank Bsirske (Verdi).

Nach „Zeit“-Interview: **BUND lobt MVV-Position zur Energiewende**

Umweltschützer warnen vor „Greenwashing“

Nach dem Interview des MVV-Vorstandsvorsitzenden mit der Wochenzeitung „Die Zeit“ lobt der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Regionalverband Rhein-Neckar-Odenwald die hier vertretene Position zur Energiewende. In dem Interview hatte Müller das energiepolitische Ziel erklärt, den Ausbau der regenerativen Energiegewinnung voranzutreiben und auf dezentrale, umweltfreundliche und flexible Kraftwerke zu setzen.

Diese Position vertritt der BUND seit Jahren, etwa mit der Studie „Fahrplan Energiewende Baden-Württemberg“. Bei aller Freude warnte die Umweltorganisation gleichzeitig vor „Greenwashing“ von

Mannheim: Kampf gegen Abschiebeknäste und Regenwetter

Am Donnerstag, den 27. Mai 2010, wurden in Mannheim zwei antirassistische Kundgebungen durchgeführt. Aus Anlass eines Brandes in den Containern der JVA, in denen Flüchtlinge bis zu ihrer Abschiebung inhaftiert sind, demonstrierten die AntirassistInnen gegen die dortigen Zustände und forderten die Schließung des Abschiebeknastes. Beim Brand wurden zwei Gefangene lebensgefährlich verletzt. Gegen diese wurde nun wegen Verdacht auf Brandstiftung Haftbefehl erlassen. Was in der Öffentlichkeit jedoch kaum thematisiert wird, sind die katastrophalen Bedingungen im Abschiebegefängnis – und Ursachen eines möglichen Suizidversuchs.

Die Kundgebung unter dem Motto „Abschiebeknäste schließen, Abschiebungen stoppen!“ sollte dem entgegenwirken und die Zustände öffentlich thematisieren. Dabei ging es nicht nur um die Bedingungen in der JVA Mannheim, sondern auch um die rassistischen Ausländergesetze, Gründe für Flucht und Migrationsbewegungen (Kriege, Kapitalismus...) und Ursachen von Suiziden und Selbstverletzungen bei Abschiebehaftlingen – die Hintergründe des Brandes liegen noch im Dunkeln. Bei AntirassistInnen kommt schnell die Erinnerung an den Tod von Oury Yalloh im Dessauer Polizeigewahrsam ins Gedächtnis, der eingesperrt, gefesselt an Händen und Füßen, in einer Zelle der Polizeiwache verbrannte.



An der ersten Kundgebung am Paradeplatz in der Innenstadt nahmen etwa 50 Personen teil. Es gab Redebeiträge von einem Mitglied des Bündnis gegen Abschiebungen und von Gemeinderat Thomas Trüper (Die Linke), danach wurde eine Erklärung einer Flüchtlingsinitiative verlesen. Auf das Ende der Kundgebung folgte ein starker Regenschauer, die geplante Demo zur zweiten Kundgebung vor dem Abschiebeknast fiel deshalb aus. Gegen 19 Uhr trafen sie dann noch einmal 25 Personen vor den Mauern der JVA und hielten eine kurze Kundgebung im Regen ab. Es wurden Grußworte an die Gefangenen in drei Sprachen gesprochen und über weiteres Vorgehen diskutiert.

Gegen halb acht beendeten die VeranstalterInnen die Kundgebung und die durchnässten TeilnehmerInnen traten den Rückweg an.

Die Veranstaltung war ein wichtiges politisches Zeichen gegen die Zustände im Mannheimer Abschiebegefängnis, die von hohen Mauern verborgen und von der Presse verschwiegen, viel zu selten den Weg an die Öffentlichkeit finden. Mit der Solidarität einiger GemeinderatInnen wird die Sache hoffentlich auch im Gemeinderat thematisiert. Unser Ziel muss jedoch sein, das rassistische Migrationsregime zu zerschlagen und für eine Gesellschaft zu kämpfen, in der Ausbeutung, Unterdrückung und Separierung von Menschen nach rassistischen Kriterien der Vergangenheit angehören. Bis dahin ist es noch ein weiter Weg.

Hintergründe zum Brand können auf der Seite des Bündnisses gegen Abschiebungen <http://www.buendnisgegenabschiebungenmannheim.com> nachgelesen werden. linksunten.indymedia.org

Seiten der MVV Energie AG. Denn die letzten Jahre spreche die Politik des Konzerns oft eine andere Sprache, insbesondere vor der eigenen Haustür. Anstatt in dezentrale Erzeugungsanlagen investiere die MVV als 28-Prozent-Anteilseigner an der Grosskraftwerk Mannheim AG vor allem in den Neubau eines Kohlekraftwerks, der die Energiewende auf mehrere Jahrzehnte blockiert.

„Die MVV wünscht sich dem eigenen Bekunden nach etwa flexible Gas- und umweltfreundliche Wasserkraftwerke“. Damit diese vertretene Position kein reiner PR-Coup bleibt, müssen auch Taten folgen, allen voran muss der Bau von Block

9 umgehend gestoppt werden“, erklärte Matthias Weyland vom BUND Rhein-Neckar-Odenwald.

Insgesamt sieht der Umweltverband die eigene Kritik am geplanten Kohleneubau und der Unvereinbarkeit mit einem zukunftsfähigem Energiesystem mit dem Interview bestätigt.

Um die Energiewende tatsächlich voranzubringen, ruft der BUND die Verbraucher zum Wechsel zu einem Ökostromanbieter wie die Elektrizitätswerke Schönau auf, der sich konsequent für die Energiewende einsetzt.

Pressemitteilung von BUND Rhein-Neckar-Odenwald, 2. Juni 2010

MVV-Stadtwerke aus Kieler Sicht

Anmerkung der KIM-Redaktion: Mit diesem Artikel der Kieler Nachrichten als auch der Presseerklärung der LINKEN Kiel wollen wir nach einem entsprechendem Bericht im MM vom 8.6.2010 „die Kieler Sichtweise“ veröffentlichen.

Politiker warnen davor, Kiel zur einer MVV-Außenstelle zu degradieren – „Wir wollen auch künftig auf allen Stufen am Markt präsent sein“

Stadtwerke: Furcht vor weiterem Arbeitsplatzabbau

Kiel. Unter dem Titel „Einmal gemeinsam“ will sich der Energieversorger MVV Mannheim neu positionieren. Das klingt nach Harmonie. Doch in Kiel wächst, wie berichtet, der Widerstand gegen die Strategie des – mit 51 Prozent – Mehrheitsgesellschafters der Kieler Stadtwerke. Die Gewerkschaft Verdi hält es für „völlig inakzeptabel“, dass die Mitbestimmungsgremien über den aktuellen Stand des Projekts nicht informiert werden. Doch was bisher durchgesickert ist, lässt in der Belegschaft die Alarmglocken schrillen: Werde die Strategie umgesetzt, fürchtet Holger Buchholz, Verdi-Vertreter für den Fachbereich Ver- und Entsorgung, den weiteren Verlust von 150 Arbeitsplätzen in Kiel. Die Stadtwerke beschäftigten nach dem Personalabbau der vergangenen Jahre

heute etwa 1000 Mitarbeiter, mehr als 300 davon in Teilzeit. Auch wenn die Gewerkschaft nach eigenen Angaben erkennt, dass weitere Kosten gesenkt werden müssen, läuft ihrer Einschätzung nach die Strategie offensichtlich darauf hinaus, Steuerungsfunktionen nach Mannheim zu verlagern. Dann aber liefen die Stadtwerke in Kiel

Gefahr, ihre Eigenständigkeit zu verlieren.

Kiels Oberbürgermeister Torsten Albig hat, wie berichtet, auch als stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der Stadtwerke gefordert, dass sich Mannheim bei ihrer auch nach seiner Sicht notwendigen Neuaufstellung nicht an Großkonzernen orientieren dürfe. Kiel solle als integriertes Stadtwerk erhalten bleiben und auch künftig in der Lage sein, auf allen Stufen – von der Energieerzeugung bis hin zum Handel – am Markt präsent zu sein. Rückendeckung kam auch aus der Politik: Sowohl die Fraktionsvorsitzenden der Ratsmehrheit, Gesa Langfeldt (SPD) und Lutz Oschmann (Grüne), als auch die von CDU (Stefan Kruber) und FDP (Helmut Landsiedel) stellten sich hinter diese Forderung und kündigten Widerstand gegen den möglichen Versuch an, die Kieler Stadtwerke zu einer MVV-Außenstelle „zu degradieren“. Langfeldt und Oschmann verwiesen zudem darauf, dass 2015 die Netzkonzessionen in Kiel für Strom, Gas und Wasser auslaufen. Gingen die Steuerungsfunktionen nach Mannheim verloren, dann habe die Stadt keine Chance mehr, die Netze von diesem Zeitpunkt an wieder in Eigenregie zu führen.

Kieler Nachrichten, 27.5.2010



2007: Protestaktion in Kiel gegen die Politik der Mannheimer MVV.

Kieler Stadtwerke durch Privatisierung ausgehöhlt?

Zu den Berichten über geplante „Umstrukturierungen“ bei den Kieler Stadtwerken erklärt die stellvertretende Vorsitzende der Ratsfraktion Die Linke, Aysel Fehimli:

„Sollen die Stadtwerke, die Beschäftigten und die Menschen in Kiel jetzt die Suppe auslöffeln, die ihnen beim Mehrheitsverkauf unseres kommunalen Unternehmens 2001 die Privatisierungsfetischisten unter dem damaligen OB Gansel (SPD) eingebracht haben?“

Die Nachrichten aus dem Betrieb der Stadtwerke sind alarmierend, denn der Chef der Mannheimer MVV Energie AG

scheint seine Stellung als Vorstandsvorsitzender des Konzernverbands und die 51 %-Beteiligung an den Kieler Stadtwerken zu deren Lasten und Kosten zugunsten Mannheims zu nutzen. Nach jüngsten „Optimierungs“-Plänen dürften die einzelnen kommunalen Stadtwerke innerhalb dieses Verbands nur Teilbereiche ihrer bislang kompletten Geschäftsfelder (wie Netzbetrieb, Produktion und Vertrieb) behalten dürfen. Damit würden die Kieler Stadtwerke nach der MVV-Übernahme 2004 die Option zur Rekommunalisierung verlieren, unter günstigeren Umständen die Mehrheit ihrer Gesellschaftsanteile zurückzukaufen. Und auch die angestrebten Kooperationen mit anderen regionalen Energieversorgern (wie

Lübeck) erhielten einen Dämpfer.

Die beiden städtischen Vertreter im Aufsichtsrat der Kieler Stadtwerke, OB Albig (SPD) und Wilfried Voigt (Grüne), haben nun die Spätfolgen eines umstrittenen Mehrheitsverkaufs zu verhindern, den die Ratsfraktionen ihrer Parteien gegen massive öffentliche Proteste mit beschlossen hatten. Sie wie auch die heute gewählten VolksvertreterInnen haben sich gegen den unmäßigen Einfluss von Unternehmensberatern zu stellen und der Mitbestimmung wie den Argumenten der Stadtwerke-MitarbeiterInnen (inzwischen nur noch etwa 1000) mehr (Be-)achtung zu verschaffen als 2001 und 2004.“

Linke-Rathausfraktion in Kiel

Muslimischer Kindergarten: Integrati- on? Parallelgesellschaft? Bedürfnis der „türkischen Community“?

In der letzten Ausgabe wurde die umstrittene Entscheidung des Mannheimer Gemeinderats zur Unterstützung eines muslimischen Kindergartens aus der Perspektive der Gleichbehandlung von Religionen und des herrschenden Subsidiaritätsprinzips beleuchtet. Fazit: Wenn es schon konfessionelle Bildungseinrichtungen gibt, darf der Islam nicht ausgeschlossen werden.

Der Kommunal-Ausschuss der Linken im Mannheimer Gemeinderat diskutierte das deutschsprachige muslimische Kindergartenprojekt am 17. Mai mit zwei Sprechern des „Vereins zur Gründung und Erhaltung muslimischer Kindergärten“. Die Diskussion war kontrovers und sie soll fortgesetzt werden.

Die GegnerInnen des Kindergartens in

der stadtweit geführten Auseinandersetzung kommen aus drei sehr unterschiedlichen Richtungen: Aus dem Lager der Konservativen (CDU und ML) speist sich der Widerspruch letztlich aus der simplen Überzeugung: „Passt nicht“ ins „christliche Abendland“, „stärkt die Parallelgesellschaft“. Von links eingestellten Menschen und Areligiösen wird kritisiert, dass schon

Dokumentiert aus *YeniHayat* 16.-30. April 2010 (der DİDF nahestehendes deutschsprachige Zeitung)

Die Gülen-Gymnasien Deutschlands

Lange bevor die Debatte um türkische Gymnasien in Deutschland losgetreten wurde, hatte die Fethullah-Gülen-Gemeinde ihre Privatschulen aufgebaut. Rund 90 Prozent der Schüler an diesen Schulen, die in 14 deutschen Städten existieren, haben eine türkische Herkunft. Deshalb dürfte die Forderung des türkischen Ministerpräsidenten Erdogan nach türkischen Schulen in Deutschland die größte Zufriedenheit in der Gülen-Gemeinde ausgelöst haben. Sie betreibt weltweit in rund 120 Ländern Schulen und Kulturzentren. Auch Wirtschaftsunternehmen mit einem jährlichen Umsatz von ca. 26 Mrd. US-Dollar werden ihr zugerechnet.

Das Bildungssystem in Deutschland, stellt für die Einrichtung privater Schulen hohe Hürden. Die Überwindung dieser Schwierigkeiten und die Einrichtung der Privatschulen, „İşık Evleri“-Lichthäuser“ genannt, brauchten ihre Zeit und breiten sich nun wie ein Lauffeuer. Die Gülen-Bewegung, die ihre Aktivitäten in der Türkei unter die Losung stellt: „Unser Djihad ist die Bildung“, verfolgt nun diesen Weg auch in Deutschland.

Der erste Schritt war die Gründung von gebührenfreien Nachhilfekursen für Schüler. In Köln, Berlin, Stuttgart, München, Hamburg, Frankfurt/M und anderen Großstädten wurden Vereine gegründet, die diese Kurse anbieten. Ihre Gesamtzahl schätzt man heute auf über 150. Über die Schüler erreichte man somit auch einen großen Kreis von türkischen Familien, die man zu vielfältigen sozialen und kulturellen Aktivitäten der Vereine einladen konnte. Schützenhilfe erhielten diese Bestrebungen vom sozial selektierenden deutschen Bildungssystem, das Schülern mit Migrationshintergrund große Hindernisse in den Weg stellt. Eltern, die dem hohen Anteil der Migrantenkinder an Hauptschulen entrinnen wollten, sahen in den kostenfreien Nachhilfekursen der Gülen-Gemeinde die rettende Hand. Dieser Zulauf ermutigte sie, so dass sie in vielen Städten auch Kindertagesstätten einrichteten, an denen der Anteil türkischstämmiger Kinder fast 100 Prozent beträgt. Die Träger dieser Kurse und Kitas, die sich meistens nicht als Institutionen der Gülen-Gemeinde zu erkennen geben, legen großen Wert auf die vermeintliche Pflege des interreligiösen Dialogs, den auch Gülen sich auf die Fahne geschrieben hat.

Aus Nachhilfekursen entstehen Privat-Gymnasien

Heute zählt man in Deutschland 14 Privat-Gymnasien, die der Gülen-Bewegung zuzurechnen sind. Allein in Berlin hat der Trägerverein TÜDESB e.V. seit 2004 vier Kindertagesstätten, ein Gymnasium und eine Realschule eingerichtet. Das Gymnasium in Spandau nahm den Betrieb in diesem Schuljahr mit 310 Schülern auf. Im Jahr 2007 waren an den Schulen der Gülen-Gemeinde insgesamt 645 Schüler eingeschrieben.

Immer demselben Muster folgend

Die Schulen bzw. deren Träger, die in Stuttgart BIL, in Köln Dialog, in Mannheim Sema, in Ludwigshafen Forum, in Hannover VIB und in Hamburg Alsterring-Gymnasium heißen, folgten bei der Gründung immer demselben Muster. Zuerst gründet eine Gruppe von Akademikern, die sich „freiwillige Bildungshelfer“ nennen, einen Verein. Dann werden mehrheitlich bei türkischen Ladenbesitzern Spenden gesammelt und anschließend beantragt man bei den zuständigen Kommunen bzw. Landesregierungen die Zulassung einer Privatschule. Auch wenn es in den einzelnen Ländern unterschiedliche Rechtsgrundlagen gibt, bekommt jede Schule nach drei Jahren Selbstfinanzierung staatliche Mittel. Mit den Zuschüssen können sie je nach Bundesland bis zu 90 Prozent ihrer Ausgaben decken. D.h. die Privaten-Schulen werden nach drei Jahren vom Steuerzahler finanziert.

Keine türkischen Schulen?

Die der Gülen-Gemeinde nahe stehenden Medien sträuben sich mit Händen und Füßen dagegen, dass diese Schulen als „türkische Schulen“ bezeichnet werden. Viel mehr seien sie von Menschen türkischer Herkunft gegründete Schule, die sich an dem Lehrplan der Bildungs-/Kultusminister der Länder orientierten. Doch das ist nur die halbe Wahrheit. So ist nur einer der 310 am TÜDESB-Gymnasium in Berlin-Spandau eingeschriebenen Schüler ein Deutscher. 90 Prozent der 152 Schüler am Dialog-Gymnasium in Köln sind türkischer Herkunft. Lediglich 8 Prozent der Schüler am VIB in Hannover haben eine andere Herkunft als die türkische.

Diese stellen alles andere dar als „Orte der Integration“. Die Erziehung der Schüler an diesen Schulen zu gläubigen Muslimen beschränkt sich nicht auf das Fach „Ethik“, die den Islam behandelt. Vielmehr werden die Schüler durch „soziale Aktivitäten“, die außerhalb des Unterrichts angeboten werden, zu Gemeindemitgliedern erzogen. Auf demselben Wege erreicht man auch die Eltern der Schüler, die sich vor Einladungen zu angeblich sozialen und kulturellen Aktivitäten nicht retten können.

Gülen-Gemeinde ist kein Wohlfahrtsverband

Die Gülen-Bewegung startete ihre Aktivitäten in Deutschland Anfang der 90er Jahre und stellt heute eine nicht urbedeutsame wirtschaftliche und politische Macht dar. Während die anderen Gruppierungen ihre Konkurrenten in der Anzahl der eigenen Moscheen zu übertrumpfen versuchten, wählte die Gülen-Bewegung den Weg der Einflussnahme durch Bildung. Allerdings spielte auch bei ihr der Wohlfahrtsgedanke eher keine Rolle. Es muss deshalb zu bedenken geben, dass die Politik in Deutschland eine Bewegung unterstützt, die eine auf religiösen Grundlagen basierende Gesellschaft zum Ziel hat.

Kommunen und Landesregierung sowie die Bundesregierung, die die soziale Ungerechtigkeit und Diskriminierung im Bildungssystem nicht beseitigen, delegieren ihre Aufgaben an Private wie die Gülen-Bewegung weiter.

Yücel Özdemir

wieder ein Kindergarten mit religiösem Hintergrund gegründet werden soll. Die DIDF als fortschrittliche MigrantInnen-Organisation kritisiert die enge Rückbindung des Trägervereins an den türkischen Staat.

Die Verwaltungsspitze und die Befürworter des Projekts im Gemeinderat erhoffen sich von dem muslimischen Kindergarten einen positiven Beitrag zur „Integration“ türkischstämmiger MigrantInnen. Von den überhaupt nicht oder nur zeitweise Kindergärten besuchenden Kindern stammten viele aus türkischen Elternhäusern. Über den Kindergarten werde es gelingen, auch diese Eltern näher an die Gesellschaft in Deutschland heranzuführen und den Kindern bessere Startbedingungen in diese Gesellschaft zu vermitteln.

Die beiden Vertreter des Trägervereins, ein türkischstämmiger Rechtsanwalt und ein ebensolcher PH-Student, der sich besonders mit der Montessori-Pädagogik be-

fasst, betonten im Kommunal-Ausschuss die große Bedeutung der Sprachkompetenz für den späteren schulischen Erfolg. Sie hoben den niederschweligen Sprachunterricht für Mütter hervor. Gleichzeitig machten sie jedoch deutlich: Die „bildungsfernen Schichten“ sind keineswegs die besondere Zielgruppe, sondern „die Muslime“ schlechthin – auch wenn der Kindergarten offen für jedermann sein soll.

Sowohl die Initiatoren des muslimischen Kindergartens wie auch z.B. der Oberbürgermeister beziehen sich positiv auf die SEMA-Privatschule in Mannheim (Realschule und Gymnasium) und preisen sie als Vorbild. Der geplante Kindergarten ist wohl vor allem als Vorstufe gedacht.

So ergibt sich folgendes Bild: Der muslimische Kindergarten wird wohl weniger als „Türöffner“ zu „abgeschotteten“ Migrantenfamilien wirken, als vielmehr ein Baustein in der Bildungsplanung „gut

integrierter“ türkischstämmiger Familien werden.

Es mögen sich nun Manche den Kopfzerbrechen, warum gerade türkischstämmige Menschen mit guter Bildung das Bedürfnis entwickeln, ihre Kinder in einen religiösen Kindergarten und dann auch Schule zu bringen, in Bildungseinrichtungen, deren Träger die mittelbare Einflussnahme durch den türkischen Staat organisieren. Denn der „Verein zur Gründung und Erhaltung muslimischer Kindergärten“ ist Mitglied des Vereins „Türkisch-Islamische Gemeinde zu Mannheim e.V.“, des Trägers der Yavuz-Sultan-Selim Moschee am Luisenring. Als Dachverband erkennt er die „Türkisch – Islamische Union der Anstalt für Religion e.V.“ DITIB an, einer Einrichtung der türkischen Regierung. Die SEMA-Schule gehört offensichtlich der Gülen-Gemeinde an (s.Kasten).

Ein Teil des türkischen Mittelstandes (sicherlich nicht nur in Mannheim) dokumentiert mit seinen türkisch-islamisch geprägten Bildungseinrichtungen: Wir gehen auch in dritter und vierter Generation nicht in der Mehrheitsgesellschaft auf, in der wir erfolgreich sind. Wir pflegen unsere Herkunftskultur und Religion, auch oft als mittlerweile deutsche Staatsbürger. Sie verhalten sich wie Deutsche und Deutschstämmige beispielsweise in Metropolen des Auslands, die teilweise mit Selbstverständlichkeit eine „deutsche Gemeinde“ bilden und pflegen.

Es gibt also eigentlich keinen Grund zur Aufregung über diese Entwicklung. Sie legt vielmehr nahe, über den Begriff „Integration“ in einer Einwanderungsgesellschaft nachzudenken, die den MigrantInnen über Generationen vermittelt hat: Chancen und Sicherheit gibt es in der Mehrheitsgesellschaft und ihrer Wirtschaft nicht so einfach; man sichere sich besser in der eigenen „Community“ ab. Ob die von rechten und linken Kritikern monierte untergründige „islamistische“ Ausrichtung der Bildungseinrichtungen so durchschlagend ist, mag bezweifelt werden.

Thomas Trüper

„Die türkischen Bildungsbürger“

Cornelia von Wrangel in faz-net 19. Februar 2008 zur Mannheimer SEMA-Schule:

„(...) Die guten Erfahrungen mit den Schulen und die Erkenntnis, dass Bildung die Integration fördere, lassen ein anderes Thema in den Hintergrund rücken: dass den Schulen nachgesagt wird, sie seien einer undurchsichtigen Bewegung zuzurechnen: der des türkischen Predigers Fethullah Gülen. (...)

Dahinter „steckt eine islamistische Auffassung“

Auch in Deutschland hat die Gülen-Bewegung Kritiker. Zu ihnen zählt der Islamwissenschaftler Ralph Ghadban von der Evangelischen Fachhochschule in Berlin. Er hält sie für gefährlich, weil sie „unfassbar“ sei. „Unter dem pseudo-modernistischen Lack steckt eine islamistische Auffassung“, sagt Ghadban und zitiert eine Passage aus Gülen's Buch

„Fragen an den Islam“. Darin werde dem Koran bescheinigt, dass er die Verfassung und Grundlage sei, auf dem sich das individuelle und gesellschaftliche Leben gründen solle. Alle Islamisten kämen aus dieser Tradition. Ghadban lässt auch nicht gelten, dass sich Gülen gegen den Terrorismus des 11. September ausspricht. Wer „uns“ friedlich erobern wolle, verurteile den Terror, denn Bomben passten nicht in die Strategie.

Ob die Gülen-Bewegung eine islamistische Agenda hat oder nicht – dieser Frage müsste nach Ansicht der Islamismus-Kennerin Claudia Dantschke vom Zentrum Demokratische Kultur in Berlin weiter nachgegangen werden. Für sie ist Gülen kein Reformist, sondern ein orthodoxer Gelehrter, der den Islam mit moderner Technik und Wissenschaft verbindet, so für die Globalisierung „fit machen“ und Defizite etwa im Bildungssystem aufgreifen will.“

Grundsteinlegung für Klimakiller Kohlekraftwerk

BUND kritisiert Umweltministerin Gönner für ungläubwürdige Energiepolitik

Empört hat der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Landesverband Baden-Württemberg, auf die heutige Grundsteinlegung für das geplante Kohlekraftwerk in Mannheim reagiert. Der offizielle Baubeginn eines der klimaschädlichsten Kraftwerke Deutschlands nur wenige Tage nach den ergebnislosen Klimaverhandlungen in Bonn sei nicht tragbar. „Wenn die GKM AG ein Kraftwerk, das immer noch rund die

Hälfte der Energie ungenutzt in den Rhein leitet, als ‚modernstes Kohlekraftwerk Europas‘ feiert, offenbart dies ein völlig veraltetes Verständnis von Energieerzeugung“, kommentierte die BUND-Landesvorsitzende Dr. Brigitte Dahlbender: „Wenn die Umweltministerin dann auch noch dieses Kraftwerk unterstützt, macht sie ihre eigene Klimapolitik ungläubwürdig. Frau Gönner kann nicht strengere CO₂-Reduktionsziele fordern und gleichzeitig den Klimakiller Kohlekraftwerk loben.“ Mit der offiziellen Grundsteinlegung sollen Tatsachen geschaffen werden, bevor die Rechtmäßigkeit des Genehmigungsbescheides überprüft worden ist, vermutet der Umweltverband. Eine Klage des

BUND vor dem Verwaltungsgerichtshof Mannheim (VGH) ist noch anhängig. „Die GKM AG hat sich ihre Frist für eine Klageerwiderung zum dritten Mal verlängern lassen. Es scheint ihr schwer zu fallen unsere Argumente in angemessener Zeit zu widerlegen“, erklärte Dahlbender.

Der BUND kritisiert seit langem, dass der geplante Kohleneubau den Umbau der Energieversorgung hin zum massiven Ausbau der erneuerbaren Energien, zu ernsthaftem Energiesparen und gesteigerter Effizienz auf Jahrzehnte blockiert. Auch der Hinweis auf die angebliche Kraft-Wärme-Kopplung sei völlig irreführend. Dahlbender: „Die GKM AG konnte bisher nicht schlüssig darlegen, welche Abneh-

mer es für die erzeugte Fernwärme gibt. Schon heute bestehen Überkapazitäten im Fernwärmenetz, die sich mit Block 9 noch erhöhen. Der Neubau eines zentralen Großkraftwerks ist für eine sinnvolle Wärmenutzung schlicht zu groß! Block 9 wird zur weiteren Erwärmung des Rheinwassers führen.“

Obwohl das Unternehmen immer wieder behauptet hat, dass es sich bei dem Neubau von Block 9 um eine Ersatzinvestition handelt, soll auf diesem Umweg die Kapazität ausgebaut werden. Zwar sollen die Blöcke 3 und 4 des GKM mit je 220 Megawatt still gelegt werden – der Neubau hat jedoch eine Nennleistung von 911 MW. Insgesamt würde Block 9 zu einem Kapazitätsausbau um rund 50 Prozent führen. Dahlbender: „Diese Stilllegungslüge ist nur einer von vielen Tricks, mit denen versucht wird das Kohlekraftwerk schön zu reden und die Öffentlichkeit hinters Licht zu führen.“

BUND Baden-Württemberg, 7. Juni 2010

Behindertenverbände und Betroffene wollen mitgestalten

Behindertenkongress am 2./3. Dezember in Mannheim

Nachdem Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz am 3. Mai offiziell die „Erklärung von Barcelona – Die Stadt und die Behinderten“ zeichnete, sind jetzt die Vorbereitungen für den zweitägigen Behindertenkongress Anfang Dezember angelaufen, der im Stadthaus Mannheim durchgeführt werden soll und vom dem sich viele Beteiligte eine weitere positive Signalwirkung im Zusammenleben behinderter und nicht-behinderter Menschen versprechen.

In dem älteren Dokument von Barcelona werden bereits zahlreiche Maßnahmen angesprochen, die sich in der UN-Konvention über die Rechte behinderter Menschen wiederfinden und in denen die umfassende Teilhabe und Integration von Menschen mit Behinderungen in das gesellschaftliche Leben gefordert wird.

Nach jetzigem Stand haben fünf Arbeitsgruppen zu den Themenbereichen „Arbeit“, „Wohnen“, „Bildung“, „Barrierefreiheit“ und „Freizeit“ ihre Arbeit aufgenommen und leisten damit einen wichtigen Teil der inhaltlichen Vorarbeiten. Letztlich sollen die Arbeitsentwürfe dann im Behindertenforum beschlossen werden.

Alle Akteure sind sich weitgehend einig, dass die inhaltliche Ausrichtung des Kongresses einen konkreten Bezug zur Stadt haben sollte und dass die örtlichen Initiativen und Behindertenverbände aktiv mit einbezogen werden sollten. Denn nur so wird gewährleistet, dass die Tagung keinen abstrakt-theoretischen Charakter erhält und die vorhandenen behindertenpolitischen Problemstellungen in der Stadt



„Gegen den tödlichen israelischen Überfall auf den Gaza-Hilfskonvoi – Sofortige Beendigung der Blockade gegen die Bevölkerung von Gaza!“ Ca. 60 Menschen beteiligten sich am 5. Juni an einer Protestkundgebung des Friedensplenums auf dem Paradeplatz. Es sprachen Yusuf As für DIDF, Eckhard Amsler für DFG/VK, Stadträtin Gabi Thirion-Brenneisen (Friedensplenum und Die Grünen Mannheim) und Stadtrat Thomas Trüper (Friedensplenum und Die Linke Mannheim). Die Reden sind nachzulesen auf der Webseite des Friedensplenums Mannheim (www.frieden-mannheim.de).

ausgeklammert bleiben.

Die Begriffe „Inklusion“ und „Barrierefreiheit“ im Sinne der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen werden dabei eine zentrale Rolle spielen. Die umfassende und gleichberechtigte Teilhabe als Anspruch zu formulieren ist dabei die eine Seite – die Umsetzung ins reale gesellschaftliche Leben die andere.

Häufig sind von Behinderung betroffene Menschen Experten in eigener Sache. Deren Anliegen auch in Form einer aktiven Beteiligung am Kongress selbst ernst zu nehmen und sie neben fachlichen Beiträgen in die Planungen präventiv mit einzu beziehen bleibt eine vorrangige Aufgabe der Vorbereitungsgruppen.

Am Rande des Kongresses soll den Selbsthilfegruppen und Verbänden auch die Möglichkeit gegeben werden, sich und ihre behindertenpolitische Arbeit in Form von Informationsständen der Öffentlichkeit zu präsentieren. Davon wollen auch Mitgliedsverbände des Paritätischen Gebrauch machen.

Verantwortlich für die Organisation des Kongresses ist der städtische Beauftragte für Menschen mit Behinderung, Klaus Dollmann. Bei Fragen zur Tagung oder zum Behindertenforum kann man sich an ihn wenden. Kontakt: Telefon (0621) 293-3490, Mail: klaus.dollmann@mannheim.de Bericht aus „parität lokal“ 3/2010

Für Waldhof ganz bitter!

Der SV Waldhof Mannheim 07 bedauert mitteilen zu müssen, dass trotz vielfältiger Anstrengungen die Auflagen des DFB zur Erlangung der Regionalligalizenz nicht erfüllt werden konnten.

Die durch den DFB ursprünglich auferlegten Bedingungen im mittelhohen siebenstelligen Bereich, die maßgeblich durch die Höhe der Altverbindlichkeiten

geprägt waren, konnten nicht vollumfänglich erfüllt werden. Eine Barkaution in Höhe von 400.000 Euro, die bis Freitag, 4.6.2010, 15:30 Uhr, beim DFB zu hinterlegen war, konnte nicht gestellt werden. Hinzu kommen zusätzliche finanzielle Nachweise in Höhe von 350.000 Euro, die über den Planansatz des Vereines hinaus zu erbringen waren.

Trotz eines massiven Sparkurses seit Januar 2009 machten die Aufwendungen für Altlasten in Höhe von 700.000 Euro in der Saison 2009/2010 sowie die verschärften Lizenzierungsbedingungen des DFB eine Erfüllung der Auflagen bis zum Ablauf der Frist am 4.6.2010 unmöglich.

Nicht nur für den SV Waldhof Mannheim 07 ist der Spielbetrieb in der kostenintensiven und durch die vielen zweiten Mannschaften der Profivereine unattraktiven Regionalliga nicht finanzierbar, zumal die ohnehin geringen Fernsehgelder für die kommende Saison noch weiter gekürzt wurden.

Insbesondere für die treuen Fans und Mitglieder des SVW, die bis zum heutigen Tage im Ungewissen verharren mussten, wird diese Nachricht eine herbe Enttäuschung darstellen.

Der SV Waldhof Mannheim 07 bedankt sich bei allen, die den Verein bei dem Versuch die Lizenz zu erlangen unterstützt haben.

Die Meldung für die Teilnahme am Spielbetrieb der Oberliga Baden-Württemberg wurde fristgerecht eingereicht und es geht jetzt darum dem Verein einen wirklichen Neuanfang zu ermöglichen. Jeder Waldhörer ist aufgerufen sich dabei konstruktiv einzubringen. Das Fundament dieses Neuaufbaus bleibt die erfolgreiche Jugendarbeit in Verbindung mit „Anpiff ins Leben“.

SV Waldhof Mannheim 07 e. V., Präsidium, Aufsichtsrat, Geschäftsführung, 8. Juni 2010

Offener Brief an den Gesamtelternbeirat in Mannheim Keine Nazis in den Elternbeiräten!

In den letzten Tagen gingen zahlreiche Meldungen über die Nationalsozialistin Sabine Rasch aus Mannheim/Käfertal durch die Öffentlichkeit. Es begann mit Flugblättern in Käfertal, es folgten zahlreiche Internetveröffentlichungen, Presse- und Radioberichte von verschiedenen Zeitungen und Sendern. Sabine Raschs Mann stritt alle Anschuldigungen ab. Die zahlreichen, gut recherchierten Berichte belegen jedoch anderes.

Sabine Rasch ist nachweislich Nationalsozialistin, Antisemitin, Rassistin, Holocaustleugnerin und – nach eigenen Angaben – ist oder war sie mehrfache Elternbeirätin.

Sabine Rasch ist Moderatorin im wichtigsten deutschen Internetforum für Nazis „thiazi.net“. Unter dem Pseudonym „Enibas“ moderierte sie verschiedene Bereiche des Forums, veröffentlichte hunderte, teils strafrechtlich relevante, Beiträge und gab (ungewollt) Informationen über sich preis. Damit konnte die Echtheit der Vorwürfe gegen sie überprüft werden. Die Nutzerin „Enibas“ veröffentlichte Fotos von GegendemonstrantInnen bei rechten Aufmärschen. Dabei wurde sie eindeutig identifiziert, da sie gegen fotografiert wurde. „Enibas“ veröffentlichte private Informationen zu ihren Hobbys, ihrer Arbeit als Grafikdesignerin, ihrer Familie, ihren Kindern, ihrem Wohnhaus, die allesamt mit Sabine Rasch übereinstimmen. Und letztlich veröffentlichte „Enibas“ Fotos von sich selbst, auf denen sie eindeutig zu erkennen ist. Kein Zweifel: „Enibas“ ist Sabine Rasch.

Ihre private Website und einige der strafrechtlich relevanten Beiträge im Thiazi-Forum wurden mittlerweile vom Netz genommen.

Sabine Rasch ist eine öffentliche Person. Sie ist nicht nur eine bekannte und beliebte Person in der rechten Szene (die „Übermutter“), sondern trat bereits in einigen Fernsehreportagen auf, um ihre Großfamilie in Käfertal vorzustellen. Die selbstgebackenen Torten mit Hakenkreuzguss verschwieg sie damals genauso, wie die Hakenkreuzfahnen, die sie mit ihren Kindern gebastelt hat. Desweiteren engagiert sie sich in künstlerischen Initiativen und bei Projekten, wie „Löwen-Stark“. Insofern ist es umso wichtiger, dass die Öffentlichkeit über das politische Treiben der Nationalsozialistin informiert wird.

Sabine Rasch hat 10 Kinder. „Enibas“ schreibt: „Kinder in die Welt zu setzen reicht auch noch nicht. Die Kinder müssen auch mit deutschen Werten aufwachsen, mit der Liebe zur Heimat groß werden und sie dürfen nicht in Versuchung kommen durch Rassenvermischung ihr eigenes Volk zu eliminieren.“

Zu ihrer Tätigkeit im Mannheimer Elternbeirat schreibt „Enibas“: „Ich glaube niemand würde mich mehr in den Elternbeirat unserer Schule wählen, wenn ich in der NPD wäre. Dann täte man mich als ‚bösen Nazi‘ abstempeln und niemand würde mir mehr zuhören. So gesehen ist mein Einfluss auf die Menschen wesentlich größer, wenn ich nirgends offiziell organisiert bin.“ Sie gibt offen zu, die anderen Eltern mit nationalsozialistischen Gedankengut beeinflussen zu wollen: „Mir persönlich hat das Weltnetz (insbesondere Skadi) enorm geholfen, mein lückenhaftes Wissen über den Nationalsozialismus zu ergänzen. Und als Elternsprecherin in zwei Schulklassen meiner Kinder hat es mir gutes Argumentationsmaterial geliefert.“

Wenn Nazis bereits „ihre Jüngsten“ mit

nationalsozialistischem Gedankengut indoktrinieren, liegt es an uns allen, zu intervenieren! Wir sind der Meinung: Nur so können ein Erstarken der Nazi-Szene und eine

Wiederholung der deutschen Geschichte verhindert werden. Nazis in der Anonymität zu belassen, die Probleme zu verschweigen oder zu verharmlosen – das hilft ihnen. Deshalb müssen wir uns öffentlich mit Nazis und ihrer Ideologie auseinandersetzen!

Nach eigenen Abgaben ist Sabine Rasch mehrfache Elternbeirätin. Der Deckmantel der Anonymität wurde ihr nun heruntergerissen. Jetzt liegt es an uns! Personen, die rassistisches, antisemitisches und nationalsozialistisches Gedankengut über ihre Funktionen in Elternbeiräten verbreiten wollen, muss das Handwerk gelegt werden!

Nach aktuellen Informationen des Gesamtelternbeirates ist Sabine Rasch zur Zeit nicht mehr in Elternbeiräten aktiv, genauere Informationen sollen jedoch noch eingeholt werden. Nach unseren Informationen engagierte sich Rasch mindestens im Elternbeirat der Käfertaler Grund- und Hauptschule. Auch wenn Rasch nicht mehr solche Ämter ausübt, finden wir es wichtig, die LehrerInnen, Eltern und SchülerInnen nachträglich aufzuklären.

Wir rufen den Gesamtelternbeirat auf: Informieren Sie sich ausführlich über Sabine Rasch und handeln Sie!

Thematisieren Sie die Ereignisse und Erkenntnisse um die Elternbeirätin in der schulischen und außerschulischen Öffentlichkeit!

Informieren Sie Eltern, LehrerInnen und SchülerInnen, zum Beispiel durch Elternbriefe oder bei Elternabenden!

Setzen Sie sich für den Rauswurf der Nationalsozialistin aus allen Ämtern und Funktionen ein!

Wie können Sie unser Anliegen unterstützen? Leiten Sie dieses Schreiben an alle ElternbeiratInnen, LehrerInnen, SchülerInnen, Medien, PolitikerInnen, FreundInnen und Bekannte weiter. Helfen Sie mit, zur Aufklärung und öffentlichen Thematisierung nationalsozialistischer Betreibungen beizutragen!

Dazu senden wir Ihnen folgende Internetlinks, unter denen Sie Berichte zur Sache nachlesen können.

Flugblattaktion in Käfertal: <http://linksunten.indymedia.org/de/node/20938>. Communiqué der Autonomen Antifa Freiburg: http://autonome-antifa.org/spip.php?page=antifa&cid_article=206&design=2. Artikel bei zeit.de: <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2010-06/neonazi-enttarnung>, Artikel in der Frankfurter Rundschau: http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/aktuell/2715920_Getarnte-Rechtsradikale-Die-Nazi-Mutter.html. Artikel im Mannheimer Morgen: http://www.morgenweb.de/region/mannheim/artikel/20100605_mmm000000099659.html. Artikel bei Blick nach Rechts: <http://www.bnr.de/content/ae-front-der-frauen-ae>

Mit freundlichen Grüßen AK Antifa Mannheim, 8.6.2010



Nationale Besoffenheit oder lustiges Fähnchenschwenken? Gesehen und fotografiert am 28. Mai zwei Wochen vor der Fußball-WM in der Stockhornstraße in der Neckarstadt-West (scr)

Veranstaltungsbericht: Besuch bei Mumia Abu-Jamal

8. Juni, Projektwoche am Anglistischen Seminar Heidelberg, Teilnahme freiwillig, nach endlosen Regenwochen endlich mal schönes Wetter – und trotzdem waren über 40 StudentInnen gekommen, teilweise aus völlig anderen Studiengängen, um zu hören, was Michael Schiffmann über seinen Besuch bei Mumia Abu-Jamal zu berichten hatte.

Gemeinsam mit einem Vertreter der Solidaritätsbewegung aus Berlin und dem langjährigen Freund und ehemaligen Journalistenkollegen Mumias, Linn Washington, war er Ende April im Todestrakt von SCI Greene zu einem nahezu sechstündigen Besuch empfangen worden.

„Mumia ist 1982 nach einem Schnellprozess von nur 15 Tagen nicht deshalb zum Tod verurteilt worden, weil er den Polizisten Daniel Faulkner getötet hat – was er nach allem, was wir wissen, nicht getan hat – sondern deshalb, weil er ein Black Panther war“, begann der Referent seinen Vortrag und spielte für das Publikum die Black-Panther-Hymne von Elaine Brown, die gleichzeitig in deutscher Übersetzung auf der Leinwand zu lesen war. „Seize the Time“ – Zeit zu handeln. Tut was. Erhebt euch. Lasst euch nichts mehr gefallen. Ihr seid es wert. Das war die Zeit, die Mumias Werte geprägt hat, das war der Hintergrund für das Urteil.

„Nach über zehn Jahren den Mann endlich sehen zu können, dessen Schicksal uns so sehr beschäftigt, war eine außerordentliche Erfahrung“ – das teilte sich den Zuhörenden eindrücklich mit. Gebannt, bewegt und teilweise vollkommen erschüttert lauschten die Anwesenden der Schilderung des Referenten. Die war sehr persönlich und gleichzeitig in einen großen politischen Zusammenhang eingebettet.

Der erste Teil war den vielen perfiden Details des Gefängnisalltags gewidmet – Fragen über Fragen an den Mann im Todestrakt:

Über die Zelle – weiß, weiß und weiß und keine Farben, nur das Gras draußen, immerhin. Stahl, nichts an den Wänden, nur ein kleiner Stapel Bücher zur selben Zeit erlaubt, kein Tisch, das Schreiben aller Texte mit Kugelschreiberminen im Schneidersitz auf dem Bett. Seit einiger Zeit eine Schreibmaschine, endlich, aber die ist seit vier Monaten „in Reparatur“ und kein Ende in Sicht.

Das Internet oder einen Computer noch nie gesehen. Nur im Fernsehen. Das gibt es immerhin, und zwar in jeder Zelle im Todestrakt. Aber ohne Geld gibts nur das schaurige Knastprogramm mit wenigen Kanälen – wenn man mehr Auswahl will, kostet das 16 Dollar im Monat. Mumia ist in der glücklichen Lage, das bezahlen zu können – die meisten aber haben von ihren 17 Dollar staatlichem Monatsgeld nur die

„Wahl“ zwischen anderen Lebensnotwendigkeiten wie Tabak, Obst, Tee, Kaffee und vielleicht mal Süßigkeiten oder fernsehen. Oder, wie Mumia einen running gag des Knastalltags wiedergab: sie „machen zweimal im Monat vor dem Fernseher Party mit einem Erdnussriegel“. Der kostet 50 Cent.

Kleidung, Gesundheit, Körperpflege – der immer gleiche orangefarbene Overall (wie in Guantanamo) mit abgewetztem, ausgefasertem Gefangenennummernnäher am Ärmel, dazu blässlichweiße Unterwäsche. Mumia ist fit – unbegreiflicherweise immer noch. Sieht gut aus, und, am überraschendsten für die Besucher aus Europa, die ihn nie gesehen hatten: so jung wie auf den Fotos von vor 15 Jahren. Nur seine Dreads sind länger als jemand hier sie je gesehen hat – bis unter die Waden.

Zum Tagesablauf: morgens um sechs aufstehen, von sieben bis neun Möglichkeit zum Hofgang, der in Wirklichkeit ein Käfiggang ist – der Hof nach einem kollektiven Protest von Gefangenen, die sich weigerten, zurück in ihre Zellen zu gehen, seit kurzem zerteilt in Käfigzellen für je zwei Leute – seitlich und oben vergittert wie im Zoo bei den Vögeln. Da schafft er es tatsächlich, Handball zu spielen mit dem Mitgefangenen – witzig und beklemmend zugleich, wie er lachend erklärt, dass das ein gutes Work-Out sei. Wir hören zu, und uns bleibt das Lachen im Hals stecken...

Dann zurück in die Zelle, und dort bleibt er dann die nächsten 22 Stunden. Sitzt auf dem Bett und schreibt und liest und denkt und plant.

„Ich bin der Typ, dem 24 Stunden am Tag nicht ausreichen“, sagt Mumia zu der Frage, wie er das alles aushält, „ich habe immer mehr Pläne als ich verwirklichen kann.“ Dazu gehört das Formulieren von Schriftsätzen für Mitgefangene, das Konzipieren seiner Kolumnen, das Lesen vieler Zeitungen und Bücher, das aufmerksame Verarbeiten unzähliger Fernsehsendungen. Unfassbar.

Die Mitgefangenen. Die Wärter. Die politischen Verhältnisse rund um den Globus. Südafrika. Der Wandel in Deutschland. Die Nazis im Osten und warum das so ist. Die Solidaritätsbewegung. Chomsky und Obama und Katrina und Afghanistan.

Und sein eigener Prozess und der Stand der Dinge. „Das wichtigste für euch ist, dass ihr einfach selber denken müsst“, sagt er und lächelt freundlich. „Kein Anwalt kann eine Bewegung anführen, und das ist auch nicht seine Aufgabe“. „Arbeitet zusammen, und vor allem – vergesst nicht, es geht nicht um mich, es geht um alle, die hier sitzen.“

Das ist dem Referenten das größte Anliegen, und er formuliert es mehrmals eindringlich: „Mumia ist einer der politischen

Gefangenen, auf den die Welt schaut – aber es gibt so viele andere, die teilweise schon seit über 40 Jahren im Gefängnis sitzen, unter unmenschlichsten Bedingungen – und praktisch niemand kennt sie. Schaut hin.“

Der Vortrag schließt mit der wunderbaren Stimme Alice Walkers „If I was President – - the first thing I would do is call Mumia Abu-Jamal.. and Leonard Peltier.. and John Trudell .. and..“ Und Ruchell Cinque Macgee, der zusammen mit Angela Davis verhaftet wurde und seit über 45 Jahren im Gefängnis sitzt!

Die Veranstaltung dauert über zweieinhalb Stunden, so viele Fragen kommen aus dem erschütterten und interessierten Publikum. Fast alle haben eine Postkarte mitgenommen, um sie an Mumia zu schicken. Schon wegen der Farben, die seinen Augen Freude machen. „Wann trifft ihr euch das nächste Mal“, fragen vier oder fünf Leute am Schluss. „Ich möchte mitmachen, etwas zu ändern.“ UN

Kommentar von Michael Schlecht, MdB Milliarden für die Zocker – die Zeche für das Volk

Weil die Regierung sich nicht an die Banken, die Zocker und Krisenprofiteure herantraut, werden jetzt breite Teile der Bevölkerung, vor allem sozial Schwache, abkassiert. Ein Sozialabbau in historisch bislang unbekannter Größenordnung wird auf den Weg gebracht.

Was bislang nur in Griechenland, Portugal und Spanien gegen das Volk durchgesetzt wurde, soll jetzt auch uns aufgepresst werden. Weil die Milliarden schon für die Banken verbrannt wurden.

Spürbare Steuererhöhungen für Reiche und Vermögende? Fehlanzeige! Da ist die spanische Regierung schon weiter. Vor zwei Jahren wurde die Vermögensteuer abgeschafft. „Das war nicht clever“, so die spanische Finanzministerin Salgado. Deshalb soll sie jetzt wieder eingeführt werden.

Das fordert Die Linke seit langem. Mit der Millionärsteuer soll Vermögen von mehr als einer Million Euro mit fünf Prozent besteuert werden. Dies brächte alleine 80 Milliarden Euro. Mit der Finanztransaktionssteuer, der Heraufsetzung des Spitzensteuersatzes und weiterer Schritte könnten insgesamt 160 Milliarden Euro zusätzliche Einnahmen erzielt werden.

Statt den sozial Schwachen in die Tasche zu greifen, wären dann sogar mehr und bessere Bildung, ein Ausbau der Infrastruktur und der ökologische Umbau möglich. Und: Mit mehr Staatsausgaben würde die Wirtschaft angekurbelt. Die schwarz-gelbe Regierung begeht jetzt massiven Wahlbetrug. Sie ist nicht die Regierung des Volkes!

Widerstand auf der Straße ist notwendig. Der Auftakt sind die Demonstrationen am Samstag, den 12. Juni in Stuttgart und Berlin.

www.michael-schlecht-mdb.de (gekürzt)

TERMIN E

Samstag, 12. Juni

„Nicht auf unserem Rücken“ – *Demonstration gegen die Auswirkungen der Krise*. in Stuttgart um 11 Uhr. Busse ab MA Gewerkschaftshaus um 8.30 Uhr. Die Demo wird in Mannheim u.a. von Verdi, vom Bündnis „Wir zahlen nicht für Eure Krise“, von der Linkspartei, Montagsdemo Mannheim, der MLPD, der AGIF, DIDE, RSB und zahlreichen weiteren Organisationen und Bündnissen unterstützt.

Montag, 14. Juni

„Das Geheimnis der Buschleute“ *Film über Biodiversität, Biopiraterie, Artenvielfalt, etc. in Südafrika*. Anschließend Diskussion, danach ökologische Wein- und Saftprobe mit dem Winzer Bernd Naumer, Neustadt. VeranstalterInnen: Jugendkulturzentrum FORUM, Attac Mannheim, BürGenLand Ladenburg. Cinema Quadrat, Collincenter, Mannheim. Eintritt: 9,-. 19.30 Uhr

„Extremismus und politische Gewalt“ Vortrag von Jürgen Fotsch, Bernd Merling und Dietmar Rudolf im Rahmen der öffentlichen Mitgliederversammlung der LINKE.Mannheim. Im Büro der LINKEN Mannheim – T 6, 37. 19 Uhr.

Donnerstag, 17. Juni

„Zukunftsfähige Politik in Cuba“ Edgar Göll, von Netzwerk Cuba eV. berichtet über positive Beispiele in Cuba. Veranstalter: Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba, SJD Die Falken, Jusos Mannheim, Verdi Jugend Rhein-Neckar. In den Räumen der Falken, F7.22, 19 Uhr

„Die gegenwärtige Situation in Südafrika“. Es berichtet Boniface Mabanza von der Kirchlichen Arbeitsstelle südliches Afrika (KASA). Insbesondere wird das Engagement von Daimler in Südafrika kritisch hinterfragt. Jugendkulturzentrum FORUM, 19.30 Uhr.

Freitag, 18. Juni

Kurzfilme von Demonstration, Direkten Aktionen und verschiedenen Aktionsformen. Veranstalter: Anarchistische Gruppe Mannheim. Quartiersplatz (neben der Tankstelle); MA-Jungbusch. 19 bis 23 Uhr

Samstag, 19. Juni

Politisches Aktionstheater Workshop mit Marc Amman, Herausgeber des Aktionshandbuchs „go.stop.act! Die Kunst des kreativen Straßenprotests“. Veranstalter: Anarchistische Gruppe Mannheim. JUZ am Neuen Messplatz, 10 bis 18 Uhr.

Montag, 21. Juni

Kolonialgeschichte Mannheims Vortrag im Rahmen der Afrika-Wochen. Referent: Bernhard Gissibl, Dozent an der Mannheimer Universität. Abendakademie Mann-

Kommunal-Info Mannheim

Das „Kommunal-Info Mannheim“ steht der Mannheimer Linken und ihren Organisationen zur Mitarbeit offen. **Verlag:** GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart. **Redaktion:** Arbeitsgemeinschaft Kommunal-Info Mannheim. Verantwortlicher Redakteur dieser Ausgabe: Roland Schuster. Das „Kommunal-Info Mannheim“ erscheint vierzehntäglich. Einzelpreis: 0,60 Euro, zzgl. Porto. Im Abo: ein Jahresabonnement: 28 Euro, Sozialabo: 15,30 Euro. **Bankverbindung:** GNN Verlag Süd GmbH, Postbank Stuttgart BLZ 600 100 70, Konto-Nr.: 249 47-704 Stichwort „Kommunal-Info“. Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier. **Wir sind erreichbar ...** Telefon/Tape/Fax: (0621) 3062 16. E-Mail: KIMannheim@aol.com **Vertrieb/Abos:** GNN Verlag Süd GmbH. Postanschrift: Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart. Telefon: (0711) 624701 * Fax: (0711) 62 15 32, email: stuttgart@gnn-verlage.com.

heim, MA, U1, 19.30 Uhr

Montag, 21. Juni

Kostenloses und einheitliches Schulsystem! Diskussionsabend mit Rebell, Jugendorganisation der MLPD, Cafe Filsbach, J6,1, 19 Uhr

Dienstag, 22. Juni

Vortrag und Lesung über die Geschichte der Ukraine Veranstalter: Anarchistische Gruppe Mannheim. ASV; Beilstraße 12, MA-Jungbusch, 20.30 Uhr
Jahreshauptversammlung von 100Pro-Energiewende Mannheim, Jugendkulturzentrum Forum, 19.30 Uhr.

Mittwoch, 23. Juni

„Neues aus Berlin“ *Diskussionsveranstaltung mit dem Bundestagsabgeordneten der LINKEN, Michael Schlecht*. Bürgerhaus Neckarstadt-West, 19 Uhr
NEPAD – Die Neue Partnerschaft für Afrikas Entwicklung Vortrag von Desyre Lotter, NEPAD Business Foundation. Im Anschluss an den Vortrag besteht die Möglichkeit das Spiel Deutschland gegen Ghana live zu verfolgen. Veranstalter: Eine-Welt-Forum Mannheim, InWEnt Mannheim Ort: InWEnt, Käthe-Kollwitz-Str. 15, Mannheim. 19.30 Uhr

Donnerstag, 24. Juni

„Afrika – Mitten unter uns“ Diskussion mit AfrikanerInnen in Deutschland. Moderation: Gustave Sawadogo, Dagmar Gebhardt. Veranstalter: Eine-Welt-Forum Mannheim/Stadt Mannheim, Africans bei SAP. Stadthaus Mannheim, N1, 18.30 Uhr

Mittwoch, 30. Juni

Grundeinkommen in Namibia Vortrag von Simone Knapp im Rahmen der Afrika-Wochen. Veranstalter: Kirchliche Arbeitsstelle in südlichen Afrika (KASA). BDKJ in Mannheim, C2, 16. 19.30 Uhr

Donnerstag, 1. Juli

Tansania – Facetten eines Landes Bilder Vortrag von Melanie Brenner, Veranstalter: Weltladen, S2.3, 19 Uhr

Freitag, 2. Juli

Informationsveranstaltung über Fritz Salm Es sprechen Elke Kammigan-Bentzinger und Fritz Reidenbach (beide VVN-BdA Mannheim). Veranstalter: Antifaschistische Jugend, AK Antifa im JUZ,

VVN. Jugendkulturzentrum FORUM, 19 Uhr

„Die Häuser denen, die drin wohnen“ Diskussionsveranstaltung mit Isa Weitz und Klaus Rothenhäusler vom Wohnprojekt Templerhaus in Weinheim. Veranstalter: „Wohnprojekt 13ha Freiheit Mannheim“, ASV, Beilstr. 12, MA-Jungbusch. 19 Uhr

Dauertermine

DIE LINKE Kreisverband Mannheim: Öffentliche Mitgliederversammlungen jeden zweiten Montag im Monat, 19 Uhr, Kreisbüro der LINKEN, T 6 37, 68161 Mannheim.

attac Mannheim jeden 1. Mittwoch im Monat um 19 Uhr im Gewerkschaftshaus Hans-Böckler-Straße 1, 68161 Mannheim. Kontakt: mannheim@attac.de

attac Ludwigshafen jeden 2. und 4. Donnerstag im Monat um 19.30 Uhr im Verdi-Haus, Ludwigshafen, Kaiser-Wilhelm-Strasse 7 (Ecke alnatura Richtung Rhein). Am 4. Donnerstag findet immer eine Bildungsveranstaltung mit Referenten und/oder Film statt. Das **Bündnis gegen Abschiebungen Mannheim** jeden zweiten Donnerstag, 20 Uhr im JUZ, Neuer Messplatz Mannheim.

Nicaveroin Mannheim-El Viejo: Treffen jeden zweiten Dienstag (jeweils ungerade Woche) um 20 Uhr im JugendKulturZentrum-forum Neckarpromenade.

Montagsdemos gegen Hartz IV und Agenda 2010 jeden Montag, Paradeplatz, 18 h.

Der **DGB-AK ‚Arbeit & Soziales‘** trifft sich jeden letzten Mittwoch im Monat, 13.30 Uhr, in der Friedrich-Ebert-Anlage 24 in Heidelberg.

Verdi Erwerbslosen „Offener Treff“, jeden 1. Donnerstag im Monat (bei Feiertagen am darauffolgenden Donnerstag), von 13 bis 16 Uhr, Medienraum im 2. OG (rechts), im Gewerkschaftshaus Mannheim, Hans-Böckler-Str. 1.

„Radio Libertad“ – jeden 2. und 4. Sonntag im Monat von 13 bis 14 Uhr auf Bermudafunk, UKW 89,6 Mannheim / 105,4 Heidelberg.

Antifaschistische und antirassistische Sendereihe grenzenlos im Bermudafunk jeden dritten Sonntag um 13 Uhr

Offenes Antifa Treffen Jugendzentrum, Käthe-Kollwitz-Straße 2-4, Am Neuen Messplatz, Mannheim, immer am ersten Mittwoch des Monats.

Aktionsbündnis „Wir zahlen nicht für Eure Krise“ jeden zweiten Mittwoch (gerade Woche) um 18 Uhr im Gewerkschaftshaus Mannheim bei Verdi (1. OG) 18 Uhr